Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. —

Abend-Ausgabe.

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 306. [31. Jahrgang.] Berlin, Montag den 4. Juli 1892, Abends. **[31. Jahrgang.] Nr. 306.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erscheint täglich Morgens und Abends mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung **Wilhelmstraße 32**, Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ sind an diese: **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.** **Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.** **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.**

Wochen-Abonnement.

Für die **Reise-Saison** haben wir ein **Wochen-Abonnement** auf unsere Zeitung eingerichtet. Dasselbe beträgt für die Woche mit **zweimaliger täglicher** Kreuzband-Sendung innerhalb des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie Mk. **1,20,** für die übrigen Staaten Mk. **1,50.** Um die Abonnenten regelmäßig und pünktlich in den Besitz der Zeitung zu setzen, ist es erwünscht, daß beim Wechsel des Aufenthaltsortes die Expedition 1—2 Tage vorher davon Kenntniß erhält.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 4. Juli.

Im Verlage von E. S. Mittler und Sohn ist dieser Tage aus der Feder des Generallieutenant z. D. v. Boguslawski eine Schrift erschienen, betitelt: „Der Krieg in seiner wahren Bedeutung für Staat und Volk.“ Es ist kein Kriegsruf, kein „Zu den Waffen“, was uns aus der Rede des Verfassers, einen wie lebhaften Ton dieselbe bisweilen anschlagen mag, hier entgegentönt. Der Zweck des Buches ist eher ein apologetischer. Der Verfasser glaubt aus verschiedenen Symptomen schließen zu müssen, daß in jüngster Zeit das Verständniß für das Wesen des Krieges, die Werthung militairischer Leistung und in Folge davon der kriegerische Sinn in unserem Volke bedenklich im Abnehmen begriffen sei. Einem solchen, das Vaterland bedrohenden Verfall des militairischen Geistes möchte er nach Kräften entgegenwirken. Er übernimmt die sittliche Rechtfertigung des Krieges. „Der Krieg ist ein Element in Gottes Ordnung“, hat Graf Moltke gesagt, und Herr v. Boguslawski drückt das Nämliche aus in dem Satze, welcher den Ausgangspunkt seiner Darstellung bildet: „Der Krieg ist in der Eigenart der menschlichen Natur und der Welt, in der wir leben, begründet.“ Daraus folgt, daß, ebenso wie der struggle for life des Einzelnen immerdar das Gesetz unseres Daseins bleiben wird, ebenso auch der von Zeit zu Zeit in blutigen Zuverbannen ... [illegible] ergiebt sich aus dieser Unvermeidlichkeit des Kampfes ums staatliche Dasein die Pflicht, mit aller Anstrengung der Kräfte die Tugenden zu pflegen, welche, wenn einmal der Kampf nothwendig geworden ist, den Sieg verbürgen. Der Gedankengang und die Schlußfolgerung dürften unanfechtbar sein. Die Wärme und der überzeugte Ton der Darstellung dürften das Buch des Herrn v. Boguslawski namentlich für jüngere Offiziere empfehlenswerth machen, welche demselben eine neue Anregung entnehmen können, hoch von ihrem Berufe zu denken und ihre Lebensaufgabe ideal zu erfassen.

Eine andere Frage ist freilich, — und dieselbe ist zu wichtig, um hier übergangen zu werden: befindet sich der Verfasser im Recht mit der Annahme, daß die Werthung militairischer Leistung bei uns heutzutage eine verminderte geworden sei, daß der kriegerische Sinn im Volke zu erschlaffen drohe? Es leuchtet ein, daß, im Fall diese Auffassung eine unzutreffende ist, es aus mehr als einem Grunde als bedauerlich erscheinen müßte, wenn dieselbe sich in weiteren, namentlich militairischen Kreisen verbreiten und festsetzen würde.

Der Verfasser fühlt sich bezüglich dieser These selbst nicht sehr sicher, denn wiederholt, und zum Schluß nochmals in einem besonderen Nachwort kommt er auf die Nothwendigkeit zurück, daß endlich einmal ein kräftiges Wort geredet werden müsse gegen die Angriffe, welche der Beruf des Soldaten in immer gehäufterem Maße erfahre. Aber jedesmal wird auch mit irgendeiner rhetorischen Wendung um die Grundfrage herumgegangen, ob denn diese gehäuften Angriffe wirklich den Beweis in sich tragen für die Behauptung eines weit verbreiteten Verkennens militairischer Aufgaben und Leistungen.

Von drei Seiten her kommen, wie Herr v. Boguslawski hervorhebt, die Angriffe. Erstens von der Sozialdemokratie, zweitens von den „Friedensfreunden“ par excellence, den Genossen und Verbündeten der Frau Bertha von Suttner, und drittens von der moralischen Erschlaffung, welche durch den um sich greifenden Geist der Gewinn- und Genußsucht herbeigeführt wäre. Die Behauptung, daß Gewinn- und Genußsucht um sich greifen, ist eine sehr alte, sie ist die natürliche Begleiterscheinung eines wachsenden Nationalwohlstandes; die beigebrachten Beweise werden immer etwas mehr oder weniger Unbestimmtes an sich haben oder sich als zuweitgehende Generalisirung vereinzelter Erscheinungen darstellen. Daß aber der spezifisch militairische Geist, ohne sonderlich Abbruch zu erfahren, selbst eine das gewöhnliche Maß weit übersteigende Dosis von Gewinn- oder Genußsucht ertragen kann, — dafür haben zwei Heerführer, die sich doch neben dem in jeder ad usum Delphini zubereiteten Mustersammlung von Kriegshelden so beliebten Prinzen Eugen getrost sehen lassen können, den erklecklichen Beweis geliefert: der Marschall von Sachsen und der Herzog von Marlborough. Es widersteht uns, den berühmten „Reservelieutenant“ auf Verlobungskarten weiter zu beunruhigen, um ihn für das Gegentheil von dem sprechen zu lassen, was Herr v. Boguslawski als These aufstellt.

In der Frau Baronin v. Suttner und ihren quäkerischen Freunden aus Albion ernsthafte Gegner zu erblicken, dürfte sich durch die Erfolge ihrer Propaganda bis jetzt schwerlich rechtfertigen lassen. Was aber jene deutschen Reichstagsabgeordneten betrifft, die sich ebenfalls an den „Friedensbestrebungen“ betheiligen, so hat ihnen gegenüber allerdings der Scherz sein gutes Recht, indem er den Widerspruch zwischen großen Worten, dem gewaltigen hiatus der Programmankündigung und dem ridiculus mus der voraussichtlichen Erfüllung hervorhebt. Im Uebrigen weicht der prinzipielle Standpunkt dieser Herren von dem des Herrn v. Boguslawski gar nicht ab. Dieser giebt selbst zu, daß außer den Kriegen, welche durch eine unausweichliche historische Nothwendigkeit herbeigeführt werden, auch solche zu verzeichnen sind, bei welchen die Leidenschaft der Fürsten oder Völker mitgesprochen hat. Daß es Pflicht sei, auf diese Leidenschaften so viel wie möglich mäßigend einzuwirken, darüber besteht gar kein Widerspruch, sondern nur einigermaßen über den modus procedendi.

Die Sozialdemokratie dürfte vornehmlich die Schuldige sein, welche den militairischen Unmuth durch die mit den feineren Umfangsformen allerdings wenig harmonirenden Epitheta: „Schlächter“, „Massenmörder“ gereizt hat. Aber beweist nicht gerade der Ingrimm, mit welchem die Wortführer der Sozialdemokratie den „Rock des Königs“ zu verfolgen pflegt, wie sehr gut sie die Bedeutung desselben kennen? Und wenn die Ultras der Demokratie theoretisch — eben im Interesse ihrer Umsturzbestrebungen — die bewaffnete Macht des Staates möglichst zu diskreditiren suchen, so gehen sie gleichzeitig praktisch darauf aus, die revolutionaire Energie ihrer Genossen und Anhänger möglichst zu steigern. Das mag für die Disziplin und Ordnung manche Schwierigkeit und Gefahr mit sich bringen. Eine Herabminderung des kriegerischen Sinnes erscheint damit unmittelbar noch nicht gegeben.

Jedenfalls aber greift diese Anschauungsweise nicht in das Bürgerthum hinüber; sie hat im Gegentheil die Tendenz, auf dieses gegensätzlich zu wirken. Und ob eine Abnahme [illegible] Sinnes auch für glaubten zulassen zu dürfen.

Von der **Reise Sr. Majestät des Kaisers** wird telegraphisch gemeldet:

Bergen, Sonntag 3. Juli. Sr. Majestät Schiffe „Kaiseradler“ und „Siegfried“ sind nach vom schönsten Wetter begünstigter Fahrt heute Nacht im Hafen von Bergen vor Anker gegangen.

Bergen, Sonntag 3. Juli, 7 Uhr 5 Min. Nachm. Bei der heute Morgen 3 Uhr erfolgten Ankunft der kaiserlichen Yacht „Kaiseradler“ im hiesigen Hafen wurde die Kaiserstandarte von den Batterieen der Festung und von dem Kadetten-Schulschiff „Stosch“, welches seit einiger Zeit hier liegt, salutirt. Im Laufe des Vormittags meldeten sich der Kommandant der Festung, General Gill, und der deutsche Konsul Mohr an Bord. Der Kommandant der „Stosch“, Kapitain zur See Rittmayer, hatte sich gleich nach der Ankunft des „Kaiseradler“ bei Sr. Majestät gemeldet. Mittags hielt der Kaiser Gottesdienst, „Kaiseradler“ und „Siegfried“ fetzten um 2 Uhr die Fahrt nach Drontheim fort, wo die Ankunft morgen Abend beabsichtigt.

Wie wir in Ergänzung einer früheren Meldung erfahren, hat der **König von Italien** aus Anlaß seines jüngsten Besuches in Deutschland der kaiserlichen Regierung 12 000 Francs zur Vertheilung an die Armen der Stadt Potsdam, sowie die Polizeibeamten in Potsdam und Berlin überwiesen.

Bereits im gestrigen Morgenblatt ist mitgetheilt, worden, daß ein **provisorisches Handelsabkommen mit Rumänien** in Bukarest von dem rumänischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten und dem kaiserlich deutschen Gesandten unterzeichnet worden ist, nach welchem vom 4. Juli bis einschließlich 30. November d. J. bei der Einfuhr nach Deutschland für folgende rumänische Erzeugnisse: Weizen, Roggen, Hafer, Buchweizen, andere im deutschen Tarif nicht besonders genannte Getreidearten, Gerste, Raps und andere Oelfrüchte, Mais und gewalzte Gerste die deutschen Konventionalzölle Anwendung finden.

Wie wir erfahren, hat dagegen Rumänien die Zusicherung ertheilt, daß die Einfuhr deutscher Provenienz in keinem Falle ungünstiger behandelt werden solle, als diejenige irgend eines anderen Landes.

Daß bezüglich der auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes vorzunehmenden **Prüfung von Nahrungsmitteln** sich ein Mangel an geeigneten chemischen Sachverständigen ergeben hat und die Absicht bestehe, demselben durch Einführung einer Prüfung abzuhelfen, in welcher Chemiker ihre Befähigung zur Prüfung und Begutachtung technischer Fragen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelchemie nachzuweisen hätten, ist bereits früher erwähnt worden. Nachdem nun der Reichskanzler das kaiserliche Gesundheitsamt beauftragt hatte, die Frage unter Betheiligung von Fachmännern einer Erwägung zu unterziehen, ist als deren Ergebniß ein Entwurf von Vorschriften für eine solche Prüfung aufgestellt worden, welcher zur Zeit dem Bundesrath vorliegt. Als Voraussetzung für die Zulassung zur Prüfung soll das Reifezeugniß eines Gymnasiums, Realgymnasiums oder einer Ober-Realschule gelten. Die besondere Vorbildung für das Fach soll sich auf Chemie, unter besonderer Berücksichtigung des angewandten Theils, auf Physik, Botanik einschließlich der Rohstofflehre und der zur Erkennung pflanzlicher Gebilde benutzten mikroskopischen und bakteriologischen Untersuchungsmethoden, auf die Technologie, soweit diese die Herstellung und Beschaffenheit der Nahrungsmittel, Genußmittel und Gebrauchsgegenstände betrifft, mithin auch auf die sogenannten landwirthschaftlichen Gewerbe, endlich auf das Studium der den Verkehr mit Nahrungsmitteln ꝛc. regelnden Gesetze und Verordnungen erstrecken. Es wird jedoch nicht beabsichtigt, die Vorbildung in der Weise zu regeln, daß der Besuch bestimmter Vorlesungen vorgeschrieben würde, weshalb auch kein Bedenken besteht, dem Studium an den Universitäten das an den technischen Hochschulen gleichzustellen. Am Sitze der dafür geeigneten Universitäten und technischen Hochschulen sollen Kommissionen zur Prüfung von Nahrungsmittel-Chemikern gebildet und die Bundesregierungen aufgefordert worden, diesen Kommissionen den Prüfungsentwurf zu Grunde zu legen, die Entscheidung über die zu gestattenden Ausnahmen nur im Einvernehmen mit dem Reichskanzler zu treffen und den Prüflingen Befähigungsausweise zu ertheilen, endlich den Regierungen zu empfehlen, eine vorzugsweise Berücksichtigung, vornehmlich bei der öffentlichen Bestellung von Sachverständigen für Nahrungsmittel-Chemie, bei der Auswahl von Gutachtern über bezügliche Fragen und bei der Auswahl der Arbeitskräfte für die in Betracht kommenden öffentlichen Anstalten solchen Chemikern zu Theil werden zu lassen, die den Befähigungsausweis erworben haben. Für den Zeitraum eines Jahres nach Durchführung der neuen Prüfungsbestimmungen würde den jetzt angestellten Sachverständigen der Befähigungsnachweis unter Verzicht auf die vorgesehenen Prüfungen zu ertheilen sein, sofern diese Sachverständigen auf Einnahmen aus den Untersuchungsgebühren angewiesen sind. Die Prüfungseinrichtungen sollen mit dem 1. April 1893 ins Leben treten und die Uebergangsbestimmung daher bis Ende März 1894 anwendbar sein.

Die neuerdings eingeführten **Rauch-Verbrennungsapparate** für Dampfkessel sollen auf Anordnung des Ministers für Handel und Gewerbe einer Prüfung unterzogen werden, zu welchem Zwecke eine besondere Kommission von Sachverständigen gebildet wird. Letztere wird bestehen aus Vertretern des Ministers für Handel und Gewerbe, des Ministers der öffentlichen Arbeiten, des Polizeipräsidenten von Berlin, des Vereins deutscher Ingenieure und des Zentralverbandes der preußischen Dampfkessel-Ueberwachungsvereine. Insbesondere soll auch die Nothwendigkeit des Erlasses von polizeilichen Verordnungen zur Verhütung des Rauches gewerblicher Anlagen in größeren Städten erörtert werden. Zur Theilnahme an den Berathungen ist auch der Berliner Magistrat aufgefordert worden.

Wie rheinische Blätte melden, ist durch Erlaß des Ministers der Unterrichtsangelegenheiten neuer- [illegible] Ausschließung bestrafter Primaner an [illegible]ren Schule der Monarchie wieder aufgenommen werden darf. Diese Maßregel beweist, wie es der Herr Minister mit der kürzlich eingeschärften Strenge gegen das Unwesen der Schülerverbindungen sehr ernst zu nehmen gesonnen ist.

In der „Kölnischen Zeitung“ lesen wir:

„Angesichts der plötzlichen Sinnesänderung der französischen Regierung in der Weltausstellungsfrage hat der Reichskanzler, Graf Caprivi, sich entschlossen, die verbündeten Regierungen um amtliche Stellungnahme zu dieser Frage zu bitten. Als die erste Nachricht in Frankreich auftauchte, daß einzelne dortige Kreise die Veranstaltung einer Weltausstellung in Paris im Jahre 1900 in Betracht zögen, hatte der Reichskanzler alsbald die Gelegenheit ergriffen, durch den Botschafter Grafen Münster beim Minister Ribot anzufragen, welche Stellung die französische Regierung zu der Frage nehme, und zugleich ihr mitzutheilen, daß in Deutschland in der öffentlichen Meinung eine größere Strömung sich für eine Veranstaltung einer Weltausstellung in Berlin noch vor Ablauf dieses Jahrhunderts kundgebe und daß der deutsche Reichskanzler auf eine rechtzeitige Verständigung in dieser Frage mit der französischen Regierung hoffe. Minister Ribot erklärte alsbald, daß er ernste französische Bestrebungen, welche die deutschen Wünsche durchkreuzen könnten, nicht kenne, und meinte zudem, daß es jetzt noch viel zu früh sei, die ersten amtlichen Vorbereitungen für eine Weltausstellung im Jahre 1900 zu treffen. Wenige Tage darauf aber hatte Herr Ribot seine Ansichten völlig geändert. Er theilte dem Grafen Münster mit, daß die Vorbereitungen für eine Pariser Weltausstellung bereits ernstlich in Angriff genommen seien und demgemäß die französische Regierung sich entschlossen habe, die Staaten zur Beschickung einer Weltausstellung im Jahre 1900 einzuladen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß mit diesem auffälligen Schritte, der den Wunsch des Reichskanzlers auf rechtzeitige Verständigung bei Seite schiebt und mit übertriebener Eile eine feste Thatsache zu schaffen sucht, die Hoffnung vieler deutschen Kreise vereitelt werden soll, die nächste Weltausstellung in Berlin stattfinden zu sehen. Der Reichskanzler hat in Deutschland nicht die Entscheidung darüber, ob eine solche Ausstellung stattfinden soll oder nicht. Sie liegt vielmehr ausschließlich bei den verbündeten Regierungen und beim Reichstag. Graf Caprivi hat sich angesichts der Veränderung der Sachlage beeilt, nunmehr durch eine Umfrage die Stellungnahme der verbündeten Regierungen kennen zu lernen. Es ist daher jetzt Sache der betheiligten Kreise, aufs Schleunigste die einzelnen deutschen Regierungen über ihre Wünsche und Meinungen in dieser Frage aufzuklären. Die bisherige Bewegung zu Gunsten der Weltausstellung ist einstweilen und fast ausschließlich von Berliner Kreisen und Interessen vertreten und getragen worden. Jetzt ist es Sache aller derjenigen Kreise in den Provinzen, die eine Weltausstellung wünschen, ihre Anschauungen nachdrücklichst geltend zu machen. Das gilt namentlich für die Vertreter unseres Großgewerbes, ohne deren warme und kräftige Unterstützung die Ausführung einer Weltausstellung unmöglich ist. Wollen in der That unsere Großindustriellen noch vor Ablauf dieses Jahrhunderts, also im Jahre 1897 oder 1898, eine Weltausstellung in Deutschland, so ist es jetzt Zeit, sich zu rühren und Farbe zu bekennen. Aus dem jetzigen Verhalten der französischen Regierung läßt sich schließen, daß sie eine Betheiligung Deutschlands an der Pariser Ausstellung nicht wünscht, daß also auch eine deutsche Weltausstellung auf französische Beschickung nicht rechnen kann. Wenn in der That eine große Anzahl unserer nennenswerthesten Industriellen sich mit voller Entschiedenheit für die Veranstaltung einer Weltausstellung in Deutschland aussprechen sollte, so werden zweifellos die deutschen Regierungen diesen Wunsch zur That umwandeln. Es ist ein seltsamer Zufall, daß die französische Regierung mit einer und derselben Handlung eine Unfreundlichkeit gegen Deutschland begeht und doch ihre Zuversicht auf dauernden Frieden ausdrückt.“

Die **„Hamburger Nachrichten“**, welche bis dahin von den die gesammte deutsche und ausländische Presse beschäftigenden Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 27. und 28. Juni mit keiner Silbe Notiz genommen hatten, schreiben in ihrer Morgenausgabe vom 3. Juli:

„In der Presse wird vielfach Befremden darüber geäußert, daß wir die Angriffe ignorirt haben, die die „Nordd. Allgem. Zeitung“ gegen den Fürsten Bismarck gerichtet hat. Wir müssen die Zumuthung ablehnen, Artikel, die der angestellte Redakteur des Freiherrn v. Ohlendorff zu publiziren für gut befindet, durch unser Blatt weiter zu verbreiten. Die „Frankfurter Zeitung“ behauptet, Graf v. Caprivi habe den einen davon selbst geschrieben. Aktiven Ministern die Verantwortlichkeit für diese Publikationen des Herrn Pindter aufzubürden, erscheint wenig schmeichelhaft für dieselben; ihre Kenntniß der wirklichen Verhältnisse wird sie vor der Urheberschaft solcher Veröffentlichungen bewahrt haben. Von Herrn Pindter aber finden wir es lächerlich, wenn er seinen früheren Herrn belehren will und ihm droht, er werde alles Mögliche erleben, wenn er sich nicht bessere.“

Daß uns die Rücksicht auf die Gebote des guten Tons in der Presse verbietet, dem Jonrnal des Herrn Dr. jur. Emil Hartmeyer auf das Gebiet der persönlichen Anzapfungen zu folgen, haben wir wohl nicht nöthig, erst noch besonders zu betonen.

Rundschau im Auslande.

Die augenblickliche Lage der Dinge in **Norwegen,** wie sie durch den Beschluß der Storthing-Mehrheit hinsichtlich des Konsulatswesens herbeigeführt wurde, wird durch nachfolgende, dem „W. T. B.“ heute aus Christiania zugegangene Nachrichten gekennzeichnet: Der König hat die Adresse des Präsidenten des Storthings mit einem Schreiben beantwortet, in welchem er daran festhält, den Beschluß des Storthings über die Errichtung [illegible] Niemanden mit der [illegible] Konsulatswesens beauftragt. — Die konservative Partei fordert die Gesinnungsgenossen auf, am Dienstag Nachmittag einen Huldigungszug nach dem königlichen Schlosse zu veranstalten. — Gestern Nachmittag wurde nach dem Hause des Staatsministers Steen ein Volkszug veranstaltet, an welchem sich etwa 8000 bis 10 000 Personen betheiligten. Björnstjene Björnson, welcher die Festrede hielt, betonte, alle Patrioten wünschten ein Vertheidigungsbündniß mit Schweden, aber im Uebrigen fordere man für Norwegen volle Freiheit und Gleichstellung. Zum Schluß beantragte derselbe eine Resolution, in welcher der Regierung gedankt würde, daß sie mit Kraft und Klugheit die Ehre und das Recht Norwegens gewahrt habe. Der Minister Steen dankte für die Kundgebung und versicherte, das Ministerium habe sich bei seinem Vorgehen von seiner Pflicht, sowie der Liebe zum Könige und Vaterlande leiten lassen. In mehreren Städten und Landbezirken haben ähnliche Kundgebungen stattgefunden.

Von der Art und Weise, wie in **England** die unionistische Presse sich über die Edinburger Programmrede Gladstone's ausspricht, mag nachfolgende Auslassung der „Times“ eine Vorstellung geben. Das Cityblatt schreibt:

„Man erwartete, daß Mr. Gladstone gestern der Welt jene „Umrisse“ seiner Homerule-Politik mittheilen würde, welche er in der Adresse an seine Wähler versprochen hat. Er hat indeß nicht einmal den Versuch dazu unternommen. Er begnügte sich einfach damit, einige wenige jener leeren Gemeinplätze und kühnen Behauptungen zu wiederholen, mit welchen er seine Reden in 1886 ausstattete, und sie durch Hinzufügung eines neuen Wortschwalls zu bereichern, hinter welchem er die Thatsache zu bemänteln suchte, daß er sich zu einem Weiterverbleiben der irischen Abgeordneten in Westminster bereit erklärt. Einer späteren Erörterung, d. h. nachdem er seine Mehrheit im Parlament hat, behält er die Erörterung der folgenden Fragen vor: ob alle oder nur einige irische Abgeordnete in Westminster bleiben, ob sie über alle oder nur einige Gegenstände abstimmen, ob dieselben Personen dieselben Wahlkreise in Dublin und hier vertreten sollen oder ob es zwei verschiedene Klassen von Abgeordneten geben soll und ob die irischen Wahlkreise, wie sie sind, bleiben oder neu organisirt werden sollen. Von diesen Sachen hängt der Charakter sowohl des Reichs- wie des irischen Parlaments unter dem Homeruleplan ab, dennoch speist Mr. Gladstone sie mit wenigen Worten als untergeordnete Details ab. Das Land wird indeß nicht als unwichtig die Arrangements betrachten, welche entscheiden werden, ob die britische Nation von ihren eigenen Vertretern regiert werden soll oder von einer Gesellschaft von Iren, welche „ihre eigenen“ Angelegenheiten auf ihrer Insel leiten und zudem zwischen den hiesigen Parteien den Ausschlag geben.“

Mit Bezug auf die aus **Oesterreich** gemeldeten Schwierigkeiten, welche in den Beziehungen zwischen der Regierung und der deutschliberalen Partei eingetreten sind, scheint alle Aussicht vorhanden zu sein, daß dieselben demnächst sich beseitigen lassen werden. „Hirsch's T. B.“ berichtet unter heutigem Datum:

Die Führer der deutschliberalen Partei, Plener, Chlumetzki, Dr. Heilsberg, sowie der Minister Graf Kinenburg, welche gestern mit dem Grafen Taaffe über das Verhältniß der Partei zum Ministerium eine längere Konferenz hatten, erhielten von dem Letzteren die bündige Erklärung, daß er es lebhaft bedaure, wenn einzelne Geschehnisse in der letzten Zeit die Partei verstimmt haben, daß er aber sich bemühen werde, soweit es eben möglich sei, Mißverständnisse aufzuklären und begründeten Beschwerden nach Thunlichkeit abzuhelfen. Die Zusicherung machte auf die deutschliberalen Führer einen nachhaltigen Eindruck; sämmtliche erklärten, daß auch ihre Partei von gleichem Verlangen erfüllt sei und daß sie in die guten Absichten des Grafen Taaffe vollen Glauben setzen. Heute und morgen werden die Konferenzen über die einzelnen Beschwerdepunkte fortgesetzt, und kann es als feststehend gelten, daß die Diskussion eine vollständige Klärung bringen und die Wiederherstellung eines loyalen Einvernehmens zwischen dem Gesammtministerium und der Linken ihren Abschluß finden wird. Graf Taaffe, welcher noch immer leidend ist, wird im Laufe der Woche nach Ellischau wieder abreisen.

Das Journal „Capitale“ erfährt, die Führer der republikanischen Partei in **Italien** hätten beschlossen, sich der Theilnahme an den allgemeinen Wahlen zu enthalten. Die Herren scheinen also auf keine allzuguten Geschäfte zu rechnen.

Ueber die in **Madrid** stattgehabten Ordnungsstörungen, welche vornehmlich in Widersetzlichkeiten gegen neue Steuerverfügungen bestanden, wird von gestern berichtet:

Madrid, Sonntag 3. Juli. Um Mitternacht sind die Unruhen aufs Neue ausgebrochen; die Gendarmerie zerstreute die Menge und verwundete einige der Ruhestörer. Die Vorstädte sind militairisch besetzt. Der Präfekt hat durch Anschlag bekannt gemacht, daß er alle Ansammlungen gewaltsam zerstreuen lassen werde.

Madrid, Sonntag 3. Juli. Die Zahl der in Folge der Unruhen Verhafteten beträgt 75, die Zahl der verwundeten Gendarmen 15 und die Zahl der verwundeten Polizeibeamten 5, einer der Polizeibeamten ist seinen Verwundungen erlegen. Die Stunden nach Mitternacht sind ruhig verlaufen; auch heute Vormittag ist die Ruhe in keiner Weise gestört worden. Zu den Märkten sind aber nur wenig Lebensmittel angefahren.

Nach einer in Madrid eingetroffenen Meldung aus Melilla ist der Bruder des Sultans von **Marokko** mit 30 000 Fußsoldaten und 600 Reitern in Alcazaba eingetroffen, um von mehreren Stämmen Tributzahlungen einzufordern, welche dieselben zu leisten verweigern. Man erwartet einen Zusammenstoß. Der Sohn des Sultans ist mit 4500 Fußsoldaten und 1500 Reitern an die [illegible]

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, 4. Juli.

* Ihre Majestät die Kaiserin und Königin begab sich am Sonntag Vormittag mit der Herzogin Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein-Glücksburg vom Neuen Palais zu Wagen nach Potsdam, wo Höchstdieselben mit ihrer Umgebung dem Gottesdienste in der Friedenskirche beiwohnten. Auch die zur Zeit in der Umgegend Potsdams weilenden hohen Herrschaften waren zum Gottesdienst in der Friedenskirche erschienen. — Mittags war Ihre Majestät die Kaiserin mit den zur Zeit im Neuen Palais zum Besuch anwesenden erlauchten Verwandten zur gemeinsamen Frühstückstafel vereint. Am Nachmittage gegen 3 Uhr stattete Ihre Hoheit die Herzogin Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin Ihrer Majestät der Kaiserin einen längeren Besuch ab. — Am Abend empfing Ihre Majestät den Reichskanzler General Graf Caprivi, welcher darauf auch mit einer Einladung zu der kaiserlichen Abendtafel beehrt wurde. — Heute Mittag hatte der Geheime Rath, Generalarzt Professor Dr. v. Bergmann die Ehre, von Ihrer Majestät der Kaiserin empfangen zu werden.

* Ihre königl. Hoheit die Prinzessin Friedrich Leopold wohnte am gestrigen Sonntag Vormittag dem Gottesdienste in der Friedenskirche zu Potsdam bei und kehrte nach Beendigung desselben sofort wieder zu Wagen nach Jagdschloß Glienicke zurück.

* Se. königl. Hoheit der Regent von Braunschweig, Prinz Albrecht von Preußen, welcher am Sonnabend früh aus Schloß Camenz in Schlesien hier eingetroffen war, wohnte am Vormittag von 10 Uhr ab in seinem hiesigen Palais in der Wilhelmstraße einer etwa $2^1/_2$stündigen Sitzung der Landesvertheidigungs-Kommission bei und stattete am Nachmittag mehrere Besuche ab. Am Abend desselben Tages um 11 Uhr hat dann Prinz Albrecht sich nach Schloß Camenz zurückbegeben. Dorthin werden auch die beiden ältesten Söhne des Regenten von Braunschweig, die Prinzen Friedrich Heinrich und Joachim Albrecht, gegen Mitte dieses Monats von Berlin aus nachfolgen, um die Ferien dort zu verleben. — Am Sonntag Vormittag wohnten Beide dem Gottesdienste im Dome bei.

* Se. Hoheit der Erbprinz von Sachsen-Meiningen, Generallieutenant und Kommandeur der 2. Garde-Infanteriedivision, ist von Urlaub hierher zurückgekehrt.

* Ihre Durchlaucht die Prinzessin Amalie von Schleswig-Holstein, die